

"Darf ich Sie mit dem Staatsschutz in Verbindung bringen?"

Die Polizei geht im Zusammenhang mit faschistischen Angriffen auf Flüchtlinge gegen AntifaschistInnen vor.

Am Samstag, 9.11.91, um 23 Uhr versammeln sich zwanzig FaschistInnen in Seeheim. Ein Angriff auf das dortige Flüchtlingsheim ist zu befürchten. Sechzig AntifaschistInnen erscheinen, über eine Telefonkette alarmiert, in Seeheim, um einen Angriff zu verhindern.

Eine Frau, durch die Telefonkette alarmiert, beschließt, die Polizei in die Pflicht zu nehmen und sie über das Zusammenrotten der FaschistInnen in Kenntnis zu setzen. Sie wird daraufhin an ein ihr unbekanntes Dezernat weiterverbunden und am Telefon verhört:

Von wem sie informiert worden sei? Ob sie einer Telefonkette angehöre? Ob ihr bestimmte Treffpunkte für Fahrgemeinschaften der AntifaschistInnen in Darmstadt ein Begriff seien?

Am Ende steht die Anfrage: "Darf ich Sie mit dem Staatsschutz Verbindung bringen?"

Die Frau lehnt dieses kategorisch ab, ist aber über diesen Anwerbeversuch verunsichert. Sie wollte ja nur die Polizei über das Zusammenrotten der FaschistInnen in Seeheim informieren. Sie beschließt, den Anwerbeversuch in ihrer Gruppe öffentlich zu machen, um mit ihrer Verblüffung und Verunsicherung nicht alleine zu bleiben.

Zurück nach Seeheim, 9.11., die Polizei ist bereits vor Ort und fährt Streife. Kurz vor Mitternacht erklärt der Heimleiter des Flüchtlingsheimes einigen der dort versammelten AntifaschistInnen, daß er natürlich in erster Linie mit der Polizei zusammenarbeite, er aber auch den Einsatz der AntifaschistInnen zum Schutz der Flüchtlinge schätze. Er wäre aber auch durch die Kripo Darmstadt in detaillierter Form über das Auslösen der Telefonkette und das "Anrücken" der AntifaschistInnen informiert worden.

Wir gehen davon aus, daß solche Informationen nur durch eine Überwachung der Telefonkette zur Polizei gelangen. Offensichtlich investiert die Polizei erhebliche Mittel in die Bespitzelung von AntifaschistInnen.

Wir gehen ferner davon aus, daß Polizei und Staatsschutz hier nicht eigenmächtig handeln. Der antifaschistische Widerstand wird in eine Gewaltdiskussion gezerrt. Sie soll glauben machen, militante Abwehr zum Schutz von Flüchtlingen wäre genauso verwerflich wie faschistische Angriffe.

Regierung, Parteien - von der CSU bis zu Teilen der Grünen - Verbände - wie auch der DGB - Medien - wie das Darmstädter Echo - sind sich alle einig, die Bedrohung geht rein vom Haß und von Gewalt aus. Diese Art der Diskussion ist beabsichtigt, um nicht zuletzt vom eigenen Rassismus abzulenken.

FaschistInnen werden immer wieder nicht deutlich als solche bezeichnet. Faschistische Angriffe erhalten die Gelegenheit, sich als spontane und besinnungslose Resultate von Saufabenden darzustellen. FaschistInnen wird oftmals die Verantwortlichkeit ihres Handelns abgesprochen, rassistisches Verhalten wird zum Beispiel mit einer fehlgeleiteten Entwicklung in der Kindheit entschuldigt.

Demgegenüber sollen in einer Bedrohungslüge gegen den antifaschistischen Widerstand sogenannte "Linksextremisten" gegen "Rechtsextremisten" ausgespielt werden. Das erweckt in der Öffentlichkeit das Bild einer bloßen Eskalation der Gewalt. So wird eine Schutzbehauptung für die Passivität der gesamten Gesellschaft aufgebaut.

Deshalb können wir bis heute Aufrufe aller "demokratischen" Parteien, Flüchtlinge aktiv zu schützen, nur als Lippenbekenntnisse, Profilierung und Befriedungsstrategien ("Wir brauchen Ruhe und Ordnung im Land") entlarven.

Flüchtlinge werden tagtäglich durch FaschistInnen bedroht. Flüchtlinge sind tagtäglich von immer stärker ausgrenzenden Gesetzen betroffen. Flüchtlinge werden tagtäglich durch das Wegschauen und Leugnen dem sich immer weiter ausbreitenden Rassismus ausgesetzt.

Wir fordern Sie auf:

Nehmen Sie Stellung.

Schreiten Sie ein, wenn Sie rassistische Angriffe bemerken.

Helfen Sie Leuten die einschreiten und deshalb bedroht werden.

Beteiligen Sie sich am Widerstand gegen Faschismus und Rassismus.

Machen Sie Anwerbe- und Bespitzelungsversuche gegen AntifaschistInnen öffentlich.

Wir fordern:

Bleiberecht für alle!

Weg mit den AusländerInnengesetzen!

Keine Internierungslager für Flüchtlinge!

Auflösung des Staatsschutzes und der politischen Polizei!

Antirassistische Koordination (ARKO) Darmstadt

Treffpunkt jeden Donnerstag 20 Uhr Fachhochschule Schöfferstraße